

**Öffentliche Anhörung der Europäischen Kommission
über das Grünbuch zum strafrechtlichen Schutz der finanziellen
Interessen der Europäischen Gemeinschaft und zur Schaffung einer
Europäischen Staatsanwaltschaft
am 16. und 17. September 2002 in Brüssel**

Rue de la Loi/Wetstraat 170, B-1040 Brüssel

Taxpayers Association of Europe (TAE)

Schriftliches Statement

Michael Jäger

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede

TAE begrüßt Kommissionsvorschlag

Die Taxpayers Association of Europe begrüßt und unterstützt den Vorschlag der Kommission, den strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft zu verbessern.

Öffentliche Verschwendung ist aus Sicht der Taxpayers Association of Europe und ihre Mitgliedsorganisationen genauso gesellschaftsschädigend wie Steuerhinterziehung. In beiden Fällen wird dem Staat und der Gesellschaft ein Schaden zugefügt. Beides sollte bestraft werden!

Die bisherigen Rahmenbedingungen begünstigen jedoch Betrüger und verhindern eine konsequente und bessere Strafverfolgung. So gibt es bislang in der Gemeinschaft keine einheitliche Definition oder Strafverfolgung von Subventionsbetrug. Weitere Probleme sind die verschiedenen, sich überschneidenden innerstaatlichen Strafverfolgungen, das nicht Anerkennen von Beweisen aus anderen EU-Ländern sowie die Beschränkung der Befugnisse der nationalen Polizei- und Justizbehörden auf das Territorium der jeweiligen Mitgliedstaaten.

Aus Sicht der europäischen Steuerzahler ist es unerträglich, wenn selbst erhebliche finanzielle Schäden zu Lasten der Europäischen Gemeinschaft wegen der Diskrepanzen zwischen den einzelstaatlichen Rechtsordnungen nicht geahndet werden können.

Subventionsbetrug muss gemeinschaftlich bekämpft werden

Die im Grünbuch von der Kommission angegebenen Gründe für die Notwendigkeit eines verbesserten strafrechtlichen Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft teilt die Taxpayers Association of Europe deshalb uneingeschränkt. Die Ahndung von Subventionsbetrug und sonstigen Handlungen zum finanziellen Nachteil der Europäischen Gemeinschaft darf keine Grenzen kennen! Der Subventionsbetrug muss gemeinschaftlich bekämpft werden!

Mit der Schaffung einer EU-Staatsanwaltschaft können einerseits Betrügereien wirksamer verfolgt werden, andererseits hat die drohende Strafverfolgung im Falle von Betrügereien eine abschreckende Wirkung und bewirkt eine höhere Effizienz der eingesetzten öffentlichen Mittel.

Zersplitterung des europäischen Strafrechtsraumes überwinden

Die Zersplitterung des europäischen Strafrechtsraumes zu überwinden, in organisatorischer Hinsicht durch Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft mit länderübergreifenden Befugnissen, in verfahrens- und materiellrechtlicher Hinsicht durch den Erlass eines unverzichtbaren Minimums an gemeinschaftsrechtlichen Regelungen sowie durch eine am Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft orientierte Harmonisierung der nationalen Rechtssysteme, ist nach Auffassung der Taxpayers Association of Europe ein unverzichtbares Gebot der Stunde.

Doppelarbeit und unnötige Ausgaben vermeiden

In diesem Zusammenhang fordert die Taxpayers Association of Europe, Doppelarbeit und somit unnötige Ausgaben auf jeden Fall zu vermeiden und keine unnötigen Verwaltungen oder Einrichtungen zu schaffen. Vielmehr sollte ein größtmögliches Maß an Synergieeffekten angestrebt werden.

Aufgaben OLAF prüfen, OLAF ausgliedern

Es ist deshalb auch zu prüfen, welche Aufgaben OLAF nach Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft noch wahrnehmen soll, wenn der Notwendigkeit Rechnung getragen worden ist, dass sich die materiellrechtlichen Zuständigkeitsbereiche beider Stellen nicht mehr überschneiden. Soweit und solange derartige Überschneidungen aber noch gegeben sind, muss die Europäische Staatsanwaltschaft die Untersuchungsergebnisse von OLAF für eigene Zwecke verwenden können, um unnötige Ermittlungsarbeiten zu vermeiden. Dies setzt natürlich die

Pflicht von OLAF voraus, die Europäische Staatsanwaltschaft zu informieren.

Mit Einführung der Europäischen Staatsanwaltschaft ist zudem zu überlegen, ob OLAF nicht vollständig aus der Kommission ausgegliedert und beispielsweise beim Europäischen Rechnungshof integriert wird.

Straftatbestand der Amtsuntreue einführen

Der strafrechtliche Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft sollte zudem die Einführung eines „Straftatbestands der Amtsuntreue“ umfassen. Jeder, der mit der Vergabe oder Einnahme öffentlicher Mittel befasst ist, sollte seine Arbeit so effizient und verantwortungsvoll wie möglich verrichten.

EU-Beamtenstatut ändern

Um künftig bei Verstößen und Kenntnis von Betrugsfällen diese, ohne personalrechtliche Konsequenzen fürchten zu müssen, im Interesse der Gemeinschaft bekannt geben zu können, bedarf es einer Änderung des EU-Beamtenstatuts.

Schriftlichen Stellungnahme der TAE im Internet

Die Antworten der Taxpayers Association of Europe zum Grünbuch über den strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft und zur Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft sowie weitere Anmerkungen sind in der schriftlichen Stellungnahme, die auch auf der Internetseite der TAE hinterlegt ist, zu finden.

Rückfragen zu diesem Statement oder der schriftlichen Stellungnahme richten Sie bitte an:

Taxpayers Association of Europe (TAE),

Dipl.-Kfm. Michael Jäger, Generalsekretär,
Avenue de la Renaissance 1, B-1000 Brüssel,

Telefon (0032) 2-7387112, Fax (0032) 2-7360571

Email: Michael.Jaeger@taxpayers-europe.org

Internet: <http://www.taxpayers-europe.org>